

Staatstragendes Verwirrspiel

Der neofaschistische »Kampf-bund Deutscher Sozialisten« (KDS) ließ 2003 im Juniheft seiner Hauspostille *Der Gegenangriff* einen »Kameraden« ausführlich zu Wort kommen, der Jahre später als geheimer Mitarbeiter des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen enttarnt wurde. »Für mich war schon immer klar, dass es mehr Gemeinsamkeiten zwischen dem ›linken‹ und dem ›rechten‹ Lager gibt, als sich viele eingestehen«, so der Interviewpartner J. H., der zur Zeit gegen die Nennung seines vollen Namens in *junge Welt* prozessiert. »Es gilt nun vielmehr, eine gemeinsame Marschrichtung zu entwickeln«, warb er damals im *Gegenangriff* für das Konzept des KDS, »linke und rechte Sozialisten auf der Basis des Bekenntnisses zu Volk und Heimat zu vereinen«. Im nachhinein wirkt das Interview, als wollte der Verfassungsschutz alles tun, um seine eigene Extremismustheorie zu »beweisen«: Er förderte das abseitige Bestreben von Neonazis, Unvereinbares zusammenzubringen. Denn dass es über die Aussagen eines Agenten gegenüber rechten Kampfblättern keine Rücksprache gegeben hätte, ist unwahrscheinlich. J. H. war damals 35 Jahre alt. Soweit bekannt, war er bereits seit 1989 für den Inlandsgeheimdienst tätig und galt als besonders zuverlässig. Nach seiner Enttarnung im Jahr 2015 beteuerte er gegenüber *Spiegel online*, er sei nie ein echter Neonazi gewesen. Die »Antifaschistische Koordination Köln und Umland« (AKKU) beschrieb ihn aber als langjährigen Agitator der extremen Rechten. Demnach war er »über Jahrzehnte eine zentrale Figur der Neonaziszene in Köln:

Gewollte Links-rechts-Schwäche: »Querfront« und Extremismustheorie sind zwei Seiten einer Medaille. **Von Claudia Wangerin**



Finstere »Linksextremisten« und hippe Jugendliche im »Andi«-Comic des Verfassungsschutzes NRW

ANDI/NRW/DE/INNMENISTERIUM

Er nahm nicht nur an den wichtigen Events teil, er hielt dort Reden und politisierte damit Menschen. Er leitete die »Kameradschaft Köln«, als Paul Breuer und Axel Reitz inhaftiert waren«. J. H. war demnach »mittendrin statt nur dabei«. Wenn er kein überzeugter Nazi war, muss er ein Einflussagent gewesen sein, dem es nichts ausmachte, für eine rechte »Querfront« zu werben und Verwirrung über politische Begriffe zu stiften. Letzteres tut der Verfassungsschutz auch, wenn er gleichermaßen vor »Links- und Rechtsextremismus« warnt.

In Nordrhein-Westfalen brachte das Innenministerium 2009 sogar entsprechende Comics in Umlauf, die Lehrern zur Verwendung im Unterricht empfohlen wurden. Ein hipper Junge namens »Andi« und seine Freunde stellen darin fest, dass sich Neonazis und Linksautonome doch irgendwie ähnlich seien. 2011 verbreitete das Bundesfamilienministerium unter Kristina Schröder (CDU) die Heftchen weiter.

Mordserie als »Konter«

Auch die Bundeszentrale für politische Bildung fiel durch eine Verniedlichung rassistischer Gewalt auf, die offenbar dem Eifer geschuldet war, Linke belasten zu wollen. Im November 2012 veröffentlichte sie ein vermeintliches Aufklärungsvideo für Jugendliche, die von zweierlei »Extremisten« ferngehalten werden sollten: »Die Linken fackeln Luxuskarossen ab... und die Rechten kontern mit den sogenannten Dönermorden«, warnte sie in dem mit Bildmaterial unterlegten Text. Gemeint war mit dem »Konter« die Mordserie, die ein Jahr zuvor dem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) zugeordnet werden konnte. Zwar wurde der Fauxpas nach zahlreichen kritischen Reaktionen aus dem Netz genommen, aber ohne ernsthafte Selbstkritik: »Unsere Intention bezüglich des Videos ist offensichtlich nicht verstanden worden und insbesondere die Formulierung ›kontern‹ ist missverständlich«, teilte die Bundeszentrale mit.

Ihre Theorie von den »extremen Rändern« links und rechts verharmlost den Wesenskern von Rassismus und Antisemitismus: Die Opfer werden nicht wegen ihres Verhaltens abgelehnt, beschimpft oder angegriffen, sondern wegen ihrer Herkunft und angeborener Merkmale. Sie können sich dem Hass nicht entziehen, indem sie friedlich, nett, hilfsbereit, fleißig und be-

scheiden sind, sich aus dem Meinungskampf heraushalten und keine kritisierbaren Entscheidungen treffen. Um Rassisten und Antisemiten zufriedenzustellen, müssten sie sich in Luft auflösen. Die Extremismustheorie leugnet den Unterschied zwischen dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Antikapitalismus, der Privilegien, Macht- und Eigentumsverhältnisse infrage stellt, nicht aber allgemeine Bürger- und Menschenrechte.

Unvereinbare Gegensätze

Real ist eine Querfront aus Rechten und Linken unmöglich, weil Linke dafür aufgeben müssten, was ihr Linkssein ausmacht: die Solidarität mit Schwächeren und die Klassensolidarität unter Kollegen, Lohnabhängigen und Erwerbslosen, die ein gemeinsames Interesse an guter Arbeit, fairen Löhnen und Freizeit haben – egal, ob sie weiß, schwarz, christlich, muslimisch, jüdisch oder atheistisch sind.

Die Idee einer »Volksgemeinschaft«, in der alle Deutschen – vom Milliardär bis zur unterbezahlten Putzkraft – gegen äußere »Feinde« oder ethnische und religiöse Minderheiten zusammenstehen, ist das genaue Gegenteil. Die Nazilegende vom »guten« deutschen »schaffenden« Kapital und vom »raffenden jüdischen Finanzkapital« sollte

Seit Anfang 2014 wird in linken Kreisen ebenso wie in bürgerlichen Medien verstärkt vor Querfrontbestrebungen auf der Straße und in Teilen der Friedensbewegung gewarnt. Selten wurde bisher die staatstragende Gleichsetzung von »Links- und Rechtsextremismus« damit in Verbindung gebracht. Manche dieser Querfrontwarnungen wirkten eher wie die Verdammung eines falschen Bewusstseins, das Außenseiter im luftleeren Raum entwickeln. Im Mittelpunkt standen zunächst die »Montagsmahnwachen für den Frieden«, die ein Sammelsurium von Unzufriedenen aus fast allen politischen Spektren anzogen und in manchen Städten jeden ans »offene Mikrofon« ließen. Dabei wurden selbst sehr wirre Beiträge und eine antisemitische Rede über die »Protokolle der Weisen von Zion« geduldet. Auch der *Compact*-Herausgeber Jürgen Elsässer, der sich als »nicht links, nicht rechts, sondern vorne« bezeichnete und zugleich Überschriften wie »Hilfe, die Roma kommen« verwendete, sah in den Mahnwachen eine Profilierungsmöglichkeit. Allerdings bekam er auch aus ihren Reihen Gegenwind. Nachdem sich einige Organisatoren von ihm distanziert hatten, wandte er sich rechten Bewegungen wie den »Hooligans gegen Salafisten« und Pegida zu.

” Real ist eine Querfront aus Rechten und Linken unmöglich, weil Linke dafür aufgeben müssten, was ihr Linkssein ausmacht: die Solidarität mit Schwächeren und die Klassensolidarität unter Kollegen.

deutsche Konzerne wie Krupp und Siemens entlasten, die das Regime später auch noch mit Zwangsarbeitern versorgte. Die These, dass die Nazis eine linke Partei gewesen seien, weil das Kürzel NSDAP für »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei« stand, verbreitete 2012 die antikommunistische CDU-Politikerin Erika Steinbach, die als »Vertriebenen«-Funktionärin auch gerne den deutschen Opfermythos gepflegt hat. Zur Zeit ist sie Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag für Menschenrechte.

Querfrontversuche scheitern entweder an den Gegensätzen der Beteiligten, oder sie enden als rein rechtes Projekt. Wie aber die staatstragende Warnung vor zweierlei »Extremisten« auf Unzufriedene wirkt, die sich von der Obrigkeit ständig belogen fühlen und nicht mehr wissen, aus welchen Quellen sie sich informieren sollen, kann vielleicht frei nach Wolf Biermann mit »Was verpönt ist, das macht sie gerade scharf« beantwortet werden. Beides ist dann attraktiv.

ANZEIGEN

Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch ... (Bertolt Brecht)

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., die in diesen Tagen den 25. Jahrestag ihrer Gründung begeht, wirkt für die Durchsetzung der Menschenrechte in der BRD und leistet ihren Beitrag im Kampf um den Frieden in der Welt.

Antifaschismus ist eine der Maximen der GBM. Die Mitglieder der GBM erteilen allen alten und neuen Faschisten eine eindeutige Absage.

GBM

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Dienstag | 10. Mai | 16 bis 21 Uhr | Konferenz
Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

Gegen den Krieg! – Für den Sozialismus?

Arbeiterbewegung und linke Intellektuelle gegen den Ersten Weltkrieg – aber für welche Alternative?

Dr. Stefan Bollinger:

Das Ringen um eine neue Partei

Dr. Ralf Hoffrogge:

Die Kriegstagebücher von Jünger und Scholem

Dr. Marcel Bois:

Netzwerke der deutschen Linken

Marga Voigt:

Die Berner Friedenskonferenz der Sozialistinnen

Dr. Gisela Notz:

Linke Frauen gegen den Krieg

Julian Nordhues:

Kriegskritische Auseinandersetzung mit dem 1. WK



KOSTEN: 4 € / 2 € (inkl. Imbiss)
Infos: www.helle-panke.de oder 030/47538724

Helle Panke